



Der Westen mit dem Rücken zur Wand

Westliche Politiker und Medien lassen die Menschen glauben, der Ukraine-Krieg sei das grösste Problem der Welt. Dem ist nicht so. Verschuldung und Inflation tauchen als Zwillingen-Problem auf: Der Westen steht mit dem Rücken zur Wand.

Peter Hänseler

Mo. 02 Mai 2022

Dieser Artikel erschien am 2. Mai 2022 in der Weltwoche

In einem meiner letzten Beiträge über Sanktionen des Westens und den Krieg in der Ukraine schrieb ich über den Untergang des Petro- Dollars und erwähnte, dass der Westen pleite sei – hier eine kurze Analyse dazu mit Blick zurück.

Seit 1971, als sich die Amerikaner weigerten, weiter US Dollars gegen Gold einzutauschen und somit das Bretton Woods System zerstörten, steht es den Ländern frei, so viel Geld zu drucken, wie sie wollen – Papiergeld ohne jegliche Basis. Das war offensichtlich zu verlockend und führte sehr bald zu einer starken Inflation, die in den USA am ausgeprägtesten war.

In den 1970-er Jahren war der US Dollar aufgrund der unkontrollierten Inflation in den USA dermassen unbeliebt in den Finanzmärkten, dass sich Präsident Jimmy Carter 1978 gezwungen sah, Obligationen auszugeben, die nicht in US Dollar, sondern in Deutscher Mark und Schweizer Franken denominiert waren. Sie hiessen Carter Bonds.

Erst 1980 sodann hatte der Mitte 1979 berufene US-Notenbank-Präsident Paul Volcker den Mut, die Inflation wirklich zu bekämpfen. 1980 setzte er den Leitzinssatz auf über 20 Prozent, um die Inflation zu drücken. Diese Rosskur funktionierte und die Inflation in den USA lag 1983 wieder bei ca. 3 Prozent.

Dennoch – auch danach gaben die Staaten mehr Geld aus, als sie eigentlich hatten, sie druckten es einfach. Was einem Normalbürger ein paar Jahre Gefängnis einbringen würde, scheint für die Zentralbanken unproblematisch zu sein: Einfach Geld drucken, wenn das Verdiente nicht ausreicht, um die Rechnungen zu bezahlen. Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten eine Kreditkarte, deren Rechnungen Sie nie bezahlen müssten: Rechnung in den Papierkorb und weiter shoppen; die Zinsen werden auf neue Rechnung vorgetragen. Eine Traumvorstellung für jede Shopping Queen – Realität für jede Regierung.

1987, 2001 und 2008 waren Jahre berühmter Finanzkrisen: Alan Greenspan, der zwischen 1987 und 2006 unter vier Präsidenten Vorsitzender der US-Notenbank Fed war (unter Reagan, Bush sen., Clinton, Bush jun.), erfand das Allheilmittel gegen Finanzmarktkrisen: Die Geldschleusen wurden geöffnet, indem die Zinsen gesenkt wurden und ab 2008 wurde das sogenannte Quantitative Easing eingeführt – ein eleganter Ausdruck für Geldvermehrung via Druckerpresse.

Der Unterschied zwischen den Krisen von 1987 und 2001 sowie 2008 lag darin, dass die Geldschleusen seit 2008 offen blieben und nie mehr geschlossen wurden. Der Zinssatz verharrte bei null und die grossen Zentralbanken kauften und kauften Obligationen und Aktien, einfach alles, was der normale Markt nicht kaufen würde. Das führte dazu, dass die westlichen Zentralbanken die Grösse ihrer Bilanzen vervielfachten.

Seit 2008 vergrösserten sich die Bilanzen der grossen Zentralbanken (USA, EZB, Japan, China) von 7000 Milliarden auf 31 000 Milliarden US Dollar. Mit anderen Worten wurden 24 000 Milliarden Geld gedruckt. Zum Sonderfall Schweiz weiter unten. Seit März 2009 stieg der Börsenindex S&P 500 nach der Krise bereits wieder. Alle Zentralbanker sprachen zwar von einer starken Wirtschaft, erhöhten die Zinsen jedoch nicht und druckten weiter Geld – bis heute, knapp vierzehn Jahre nach der Krise.

Wenn die Zinsen praktisch bei null liegen, führt das dazu, dass man mit weniger Eigenmitteln mehr kaufen kann. Ein einfaches Beispiel dazu aus dem Immobilienmarkt: Falls eine gutsituierte Familie pro Monat 5000 Franken für die Finanzierung eines Eigenheimes ausgeben kann, sind das 60.000 Franken pro Jahr. Vor zwanzig Jahren bezahlte man in der Schweiz ca. 5 Prozent für eine fünfjährige Hypothek. Damit konnte besagte Familie ein Haus für 1,2 Millionen Franken finanzieren (60.000/5 Prozent). Mit einem Hypothekarzins von 1 Prozent kann die gleiche Familie mit dem gleichen Budget ein Haus von 6 Millionen Franken finanzieren. Die Immobilienbooms im Westen haben also nichts mit Leistung zu tun, sondern sind lediglich aufgeblasen durch Gratisgeld.

Seit 2008 wurden die Leitzinsen im Westen praktisch nicht mehr erhöht. Die Begründung der Zentralbanken war, die Inflation sei noch zu tief. Das ist natürlich Unsinn. Wie obiges Beispiel zeigt, verliess das gedruckte Geld den Finanzmarkt nicht, und somit fand die Preisinflation einfach nicht bei den Konsumgütern, sondern etwa bei Immobilien, Aktien und Obligationen statt. Dies führte zur heutigen Situation: Noch nie in der Wirtschaftsgeschichte waren Obligationen, Aktien und Immobilien so hoch bewertet. Dies alles auf dem Buckel der Sparer, die auf ihrem Konto keinen Zins erhielten oder sogar mit Negativzins belastet werden.

Der grosse Teil der Bevölkerung hat gar keinen Zugang zu den Finanzmärkten, da sie die Mittel dazu nicht haben, um sich etwa ein Haus zu kaufen oder gross in Aktien zu investieren. Somit profitierten die Reichsten 10 Prozent der Welt ungemein von dieser Situation und der Rest der Bevölkerung schaute in die Röhre.

Ab 2016 erhöhte die amerikanische Zentralbank die Leitzinsen wieder ein bisschen, was jedoch bereits im September 2019 zu einer Krise im sogenannten Repo Markt führte. Der Repo Markt ist ein Markt, in welchem sich institutionelle Anleger unter Hinterlegung von Wertschriften und gleichzeitiger Vereinbarung des Zurückkaufs – Repurchase Agreement – kurzfristig finanzieren können. Diese Krise wurde jedoch von den meisten Marktteilnehmern nicht einmal bemerkt, da die Amerikanische Zentralbank riesige Mengen Geld in den Repo Markt pumpte, um die Situation zu beruhigen.

Diese sich anbahnende Finanzkrise wurde jedoch von Covid überdeckt. Nun hatten die Zentralbanken wieder einen guten Grund, die Leitzinsen wieder auf null zu stellen, falls sie nicht schon dort waren, und die Geldschleusen in noch nie dagewesenem Umfang zu öffnen. Nachdem der S&P 500 bis am 23. März 2021 31 Prozent seines Wertes verloren hatte, erholte er sich innert sechs Monaten wieder auf Vor-Covid Niveau.

Dennoch, die Geldschleusen wurden auch nach der Covidkrise nicht geschlossen, d.h. die Zinsen verharrten bei null, und weiter kauften die Zentralbanken Obligationen und Aktien.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Krisen, welche lediglich dazu führten, dass der Finanzmarkt Geld bekam, wurden während der Covid Krise jedoch Billionen ans Volk verteilt, was zu einer Geldschwemme im Konsumgütermarkt führte. Gekoppelt mit Lieferkettenproblemen fand der Inflationsgeist endgültig den Weg aus der Flasche.

Der Sonderfall Schweiz mit ihrem Gelddrucken ist ein richtiger Schildbürgerstreich und verdient einen separaten Artikel. Im Gegensatz zu den USA und der EU gab die Schweiz nicht mehr Geld aus, als sie einnahm – Schuldenbremse sei Dank. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) kam jedoch auf die grossartige Idee, Geld zu drucken, um Euro und US Dollar zu kaufen. Dies, um dem Erstarren des Schweizer Frankens Einhalt zu gebieten, zum Schutz der Schweizer Exportindustrie.

Jetzt steht die Schweiz da mit der verhältnismässig grössten Bilanzsumme der Welt. Ohne Not wurde Geld gedruckt, und damit kaufte man Währungen von Staaten, die knapp vor der Pleite stehen. Eine Strategie, die nicht nachvollziehbar war und ist. In Zahlen ausgedrückt: Der Schweizer Franken hat einen Anteil von rund 0,2 Prozent der Reservewährungen der Welt – der US Dollar rund 59 Prozent; das entspricht einem Faktor von knapp 300. Die Bilanz der SNB betrug per 31.12.2021 ca. 1000 Milliarden, die des Fed 9000 Milliarden. Ein Missverhältnis sondergleichen.

Das Eigenkapital der SNB betrug Ende 2021 etwa 20 Prozent. Falls also die Fremdwährungsreserven der Schweiz, welche vor allem in US Dollar und Euro gehalten werden, 20 Prozent ihres Wertes einbüßen, ist die SNB pleite. Im ersten Quartal 2022 betrug der Verlust auf den Währungspositionen 36,8 Milliarden Franken. Diesem Verlust steht einem Bewertungsgewinn auf dem Goldbestand von CHF 4,2 Milliarden entgegen. Das Gesamtergebnis von minus CHF 32,8 Milliarden Franken lässt das Eigenkapital von 20 auf ca. 17 Prozent sinken. Gefährliche Tendenzen.

Die grosse Ungerechtigkeit der Inflation besteht darin, dass es die Armen ungleich schwerer trifft als die Reichen. Die Reichen spüren es nicht, wenn ihr Filet um 20 Prozent teurer wird. Für die Mittelklasse, die mit rotem Kopf vor der Zapfsäule steht, ist es mühsam. Für die Ärmsten aber, die bereits vor der Inflation mit dem Rücken zur Wand standen, ist dies ein Katastrophe. Man kann also sagen, dass Inflation die unfairste Steuer ist, da im Gegensatz etwa zur Einkommenssteuer, die vom Reichen mehr abverlangt als vom Armen, die Vorzeichen vertauscht werden. Ich bin überrascht, dass die Linken der Inflationsbekämpfung nicht Priorität einräumen.

Warum erhöhen nun die Zentralbanken nicht einfach die Leitzinsen auf einen Satz, der über der Inflation liegt, wenn man doch genau weiss, dass dies das einzige probate Mittel gegen die Inflation ist – so wie es Volcker 1980 gezeigt hatte?

Der Grund sind die Schulden: Bei einer Leitzinserhöhung müssen die Staaten ebenfalls mehr Zinsen für ihre Schuldenberge bezahlen, was sie sich nicht leisten können. Weiter sind die Finanz- und Immobilienmärkte dermassen hoch bewertet und mit Gratisgeld aufgepumpt, dass eine grosse Zinserhöhung zu einem Kollaps führen wird.

Was machen die westlichen Zentralbanken? Sie beschwören eine neue Weltkrise – wie etwa Covid oder den Ukrainekrieg – herauf, damit sie wieder einen Grund haben, um ihr Spiel weiterzutreiben. Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht und dort sind wir nun bald angekommen.

Die Zinsen für 10-jährige Staatspapiere sollten etwa um 1 Prozent höher liegen als die Inflationsrate, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Das würde für die USA und die Euro-Zone einen Zinssatz von rund 9 bis 10 Prozent bedeuten, für die Schweiz ca. 3,5 Prozent, wenn man den offiziellen Inflationszahlen überhaupt Glauben schenken möchte. Diese sind regelmässig von den Staaten heruntermanipuliert, um gut auszusehen und Geld zu sparen, etwa bei Pensionen und anderem.

Für den Schweizer Immobilienmarkt würde eine effektive Inflationsbekämpfung somit zu einem Leitzins von 3,5 Prozent führen. Das sind 4.25 Prozent mehr als die heutigen -0.75 Prozent. Dies würde zu einem Hypothekensatz für 10-jährige Hypotheken von ca. 5 Prozent führen. Was vor zwanzig Jahren normal war, würde nun zu einem Immobilienkollaps in der Schweiz führen.

Es scheint also so, dass der Westen finanziell mit dem Rücken zur Wand steht – das ist ein schöneres Wort als der Begriff pleite. Ich ging immer davon aus, dass eine Landesregierung die Interessen des eigenen Landes zu vertreten habe. Dieser

Grundsatz müsste es verbieten, Drittstaaten mit Sanktionen zu belegen, welche einerseits nichts bringen und andererseits das eigene Land in den Abgrund stürzen. Leider scheint der Westen die Gefahr nicht zu sehen oder nicht sehen zu wollen.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Russland Schweiz Bush, George W. Vocker, Paul Bank von Japan (BOF)
Europäische Zentralbank (EZB) Federal Reserve (FED) Chinesische Volksbank (PBoC)